

Für ein bürgerliches Europa

Beschluss des CSU-Parteivorstands
vom 30. Januar 2017 in München

Für ein bürgerliches Europa

I. Warum wir ein bürgerliches Europa brauchen

Die CSU tritt seit ihrer Gründung für eine erfolgreiche europäische Integration ein. Bayern ist ein Land in der Mitte Europas. Nicht nur geographisch, sondern auch kulturell und wirtschaftlich sind wir eine seit Jahrhunderten eine wichtige Brücke zwischen Ost und West, Nord und Süd. Franz Josef Strauß, Alfons Goppel, Theo Waigel und Edmund Stoiber haben europäisch gedacht und Europa führend mitgestaltet. Dazu stehen wir unverändert - heute und in Zukunft. Ohne europäische Einigung hätte Bayern nicht das Ausmaß von Frieden, Freiheit und Wohlstand erreichen können, das heute seine Spitzenstellung begründet. Wir stellen allen Demagogen die europäische Leitkultur entgegen. Unser Europa muss sich klar zu seinen christlich-jüdischen Werten im Geist der Aufklärung bekennen und sich mutig gegen die Feinde einer offenen Gesellschaft stellen. Islamisten und Autokraten dürfen über die Zukunft Europas nicht mitentscheiden. Heute geht es um nicht weniger als die Selbstbehauptung Europas.

Unser Ziel war und ist dabei kein x-beliebiges Europa, sondern ein bürgerliches Europa. Europa ist und bleibt die genialste Idee nach dem Zweiten Weltkrieg. Aber nur eine Europäische Union, in der das Gelingen im Vordergrund steht, Verantwortlichkeiten klar beachtet werden, Beschlossenes respektiert wird und Regeln eingehalten werden, kann für die Menschen heute erfolgreich handeln. Diese Handlungsfähigkeit war in der Vergangenheit notwendig, um das europäische Friedensprojekt zu vollenden und wirtschaftlichen Wohlstand zu schaffen. Heute lassen sich nur mit einem handlungsfähigen Europa die großen Herausforderungen wie Globalisierung, Digitalisierung, weltweite Fluchtbewegungen oder auch der Kampf gegen den internationalen Terrorismus erfolgreich meistern. Europa ist unsere Lebensversicherung in einer immer unsichereren Welt.

Die CSU und Bayern haben in der Vergangenheit bereits viele Verbesserungen durchgesetzt. Jetzt fordern wir nach 60 Jahren europäischer Einigung einen Systemcheck, welche Aufgaben zwingend auf EU-Ebene und welche sinnvoller auf Bundes- und Länderebene angesiedelt werden. Kompetenzrückverlagerungen müssen ernsthaft diskutiert und dabei das Subsidiaritätsprinzip konsequent angewendet werden. Unser Ziel ist ein besseres Europa, ein Europa, das liefert. Wir wollen ein starkes Europa der Regionen, das bei den großen Fragen handlungsfähig ist, aber den Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen so viel Spielraum wie möglich lässt. Zudem wollen wir die positiven Seiten der Zusammenarbeit in den Vordergrund rücken und die Idee Europa mit neuem Leben füllen. Europa muss für seine Bürger wieder etwas Begehrtes werden – eine Gemeinschaft, die die Menschen und die Völker zusammenführt. Dem dienen die Europaregionen, die Partnerschaften von Gemeinden, Schulen, Ausbildungsbetrieben und Universitäten sowie der grenzüberschreitende Kulturaustausch und die vielen menschlichen Begegnungen, die das gegenseitige Kennenlernen fördern.

II. Auf was es jetzt in Europa ankommt

2017 wird ein Schlüsseljahr für die Zukunft unseres Kontinents. Populisten, aber auch Sozialdemokraten und Linke sind dabei, Europa zurück in die Vergangenheit zu führen: die einen zum hasserfüllten Nationalismus des 19. Jahrhunderts, die anderen in eine Schuldenpolitik der 1970er Jahre. Europa wird nur mit einer klaren bürgerlichen Politik eine gute Zukunft haben. Deshalb stehen wir für ein Europa, das folgende zehn Punkte rasch anpackt:

- 1. Wir stehen für ein Europa, das auf die Bürger hört:** Wir wollen die Demokratie in Europa stärken - nicht indem Regeln lax ausgelegt werden, sondern indem die Rechte des Europäischen Parlaments, beispielsweise durch die Einführung eines Initiativrechts und durch wirksamere Kontrollrechte, gestärkt werden. Europa und nationale Interessen sind dabei kein Gegensatz. Dem Gefühl des nationalen Kontrollverlusts und der Fremdbestimmung muss aktiv entgegengewirkt werden. Hierfür sind auch die Beteiligungsrechte der nationalen Parlamente deutlich zu verbessern.
- 2. Wir stehen für ein Europa, das Freiheit und Freiwilligkeit garantiert:** Forderungen nach einer Weiterentwicklung der Europäischen Union müssen offen und ohne Tabus diskutiert werden. Vertragsänderungen dürfen nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Nicht alle Integrationsschritte müssen auch zwingend von allen Mitgliedern mitgegangen werden. In den integrierten Bereichen müssen aber alle, die sich dafür entschieden haben, die vereinbarten Regeln strikt einhalten. Europa ist nur durch eine flexiblere Kooperation zukunftsfähig.
- 3. Wir stehen für ein Europa, das klare Grenzen setzt:** Die EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei - die Lebenslüge von Rot-Grün - müssen beendet und in Partnerschaftsgespräche überführt werden. Die aktuellen Entwicklungen in der Türkei weg von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und europäischem Wertemodell lassen gar keine andere Wahl. Um dies zu erreichen, darf die Bundesregierung keiner Öffnung eines weiteren Beitrittskapitels mehr zustimmen. Für uns gilt der Grundsatz in den Beziehungen mit der Türkei: Partnerschaft ja, Mitgliedschaft nein. Auch eine allgemeine Visafreiheit für die Türkei lehnen wir ab. Insgesamt muss die EU bei Erweiterungen vorsichtiger vorgehen und auf strikte Einhaltung der Kriterien bestehen. Nicht ein „immer mehr“, sondern ein immer besseres Europa, das durch gemeinsame Werte zusammengehalten wird, muss Vorrang bei Beitrittsverhandlungen haben. Konsolidierung geht vor Erweiterung.
- 4. Wir stehen für ein Europa, das entschlossen handelt:** Europa kann nicht alle Flüchtlinge und Migranten aufnehmen, sondern braucht eine faire Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten durch Kontingente mit festen Obergrenzen. Deutschland darf nicht weiterhin überproportional die Lasten der Flüchtlingskrise tragen. Wir fordern deshalb einen europäischen Fairnessmechanismus, an dem sich jeder Mitgliedstaat zur Bewältigung der Flüchtlingskrise – das heißt bei der Verteilung der Flüchtlinge, der finanziellen Lasten der Hilfe vor Ort oder auch beim Schutz der Außengrenzen – angemessen beteiligt. Gleichzeitig wollen wir das europäische Asyl- und Flüchtlingsrecht weiterentwickeln. Dazu gehört auch die Harmonisierung der Aufnahme- und

Leistungsstandards in den EU-Staaten. Der Schutz der EU-Außengrenzen muss Priorität haben, etwa durch Aufbau eines schlagkräftigen Europäischen Grenzschutzes. Weitere Maßnahmen müssen die Einrichtung von Hotspots in Afrika, der Ausbau der Kooperation mit Drittstaaten und die Rückführung nicht bleibeberechtigter Personen innerhalb von drei Monaten sein. Wir wollen die Zusammenarbeit mit Afrika massiv ausbauen, um eine bessere Zukunft vor Ort zu schaffen. Dazu unterstützen wir die Idee eines „Marshall-Plans“ mit Afrika und Länderpartnerschaften. Der Kampf gegen Schlepperwesen und illegale Migration gehört im gemeinsamen Interesse zu den zentralen Aufgaben der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Eine höhere Zuwanderung nach Europa, wie sie die linken Parteien anstreben, ist mit uns nicht zu machen.

- 5. Wir stehen für ein Europa, das für Sicherheit sorgt:** Europa muss einen europaweiten Informationsaustausch, eine systematische Dateneingabe durch alle EU-Mitgliedstaaten, den Aufbau einer europaweiten Gefährderdatei, eine durchdachte Vorratsdatenspeicherung auf EU-Ebene sowie ein Ein- und Ausreiseregister verwirklichen. Parallel zur Verbesserung des Außengrenzschutzes sind die Schleierfahndung im Umfeld der Binnengrenzen sowie die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit innerhalb der EU weiterzuentwickeln. Wir halten an der Schengen-Idee fest. Bis aber der Schutz der EU-Außengrenzen ausreichend funktioniert, ist weiterhin die Kontrolle der deutschen Binnengrenzen erforderlich. Auch die zentralen Verkehrswege müssen europaweit durch Polizeikontrollen intensiver überwacht werden. EU-Staaten, die ihre Verpflichtungen aus den Schengen-Regeln nicht erfüllen, sollen den Schengen-Raum temporär verlassen. Nicht zuletzt müssen sich die Internetriesen bei der Früherkennung möglicher Terrorgefahren stärker beteiligen. Vollen Zugang zum digitalen Binnenmarkt dürfen nur diejenigen Firmen erhalten, die sich zum Schutz der Inneren Sicherheit in der EU verpflichten und zur Terrorabwehr mit den zuständigen Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten.
- 6. Wir stehen für ein Europa, das den Binnenmarkt stärkt:** Bei den kommenden Brexit-Verhandlungen ist unser Ziel, den Binnenmarkt zu stärken. Dabei respektieren wir die britische Austrittsentscheidung und streben auch in Zukunft eine enge Partnerschaft Bayerns, Deutschlands und Europas mit dem Vereinigten Königreich an. Wir lehnen eine britische Bevorzugung ebenso wie eine Bestrafung Großbritanniens ab. Vor der Haustür der künftigen EU darf weder eine Steuerfluchtoase entstehen, noch wollen wir unsere engen wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Verflechtungen mit Großbritannien kappen. Wir wollen ein Abkommen mit Großbritannien, das nah am Status quo ist, ohne unberechtigte Sonderregelungen. Wir sind in Bayern auch auf eine bezahlbare, nachhaltige und sichere Energieversorgung angewiesen. Eine engere Abstimmung und Koordination der europäischen - auch der regionalen - Energiemärkte ist wegweisend, um die Vollendung des Europäischen Energiebinnenmarktes zu realisieren. Der gemeinsame Agrarmarkt ist für unsere familiengeführten landwirtschaftlichen Betriebe ein starker Wirtschaftsraum. Wir wollen den Betrieben langfristige Stabilität bieten und kämpfen für faire Wettbewerbsbedingungen.

- 7. Wir stehen für ein Europa, das für Stabilität eintritt:** Die CSU ist der Garant für einen stabilen Euro. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss konsequent angewandt und eine Transfer- und Schuldenunion verhindert werden. Dafür brauchen wir auch nach der kommenden Bundestagswahl einen deutschen Finanzminister, der die Stabilitätskultur der CSU vertritt. Stabilität und Haftungsprinzip müssen die Leitmotive bei der Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion sein. Dazu gehört auch, dass es nicht zu einer Risikovergemeinschaftung über Einlagensicherungssysteme kommen darf. Zu einer funktionierenden Währungsunion gehört, dass die Menschen Vertrauen in die Währung haben. Daher muss die Niedrigzinspolitik der EZB beendet und die Geldwertstabilität als alleiniger Fokus der EZB durchgesetzt werden. Bargeld ist geprägte Freiheit. Deshalb soll die EU am Bargeld festhalten. Eine Sozialunion, die nur dazu führt, dass Deutschland staatliche Wohltaten in anderen Ländern finanziert, lehnen wir ab.
- 8. Wir stehen für ein Europa, das innovativ ist:** Der EU-Haushalt muss mehr von den vorhandenen Mitteln in Forschung und Innovation investieren und der digitale Binnenmarkt vollendet werden. Gerade beim Ausbau der europäischen Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Energie und Breitband sollte die EU zügig voranschreiten. Europäische Leuchtturmprojekte wie das Satellitennavigations- und Ortungssystem Galileo oder das Erdbeobachtungsprogramm Copernicus sind sowohl im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger als auch unserer Unternehmen. Bayern ist mit mehr als 400 Unternehmen einer der führenden Standorte in der Luft- und Raumfahrtindustrie in Europa. Dieses Potential gilt es zu nutzen. Gleichzeitig muss Europa zur globalen Leitregion für die großen Forschungsfragen der digitalen Zeit werden und die Bekämpfung von Krebs und Alzheimer sowie die Fortentwicklung von Robotik, künstlicher Intelligenz und Quantenmechanik verstärkt angehen. Wie einst bei der Luft- und Raumfahrt braucht Europa heute wieder Leitprojekte. Dabei muss Bayern eine zentrale Rolle spielen. Für das digitale Zeitalter soll Bayern mit seiner einzigartigen Hochschul- und Forschungslandschaft zum führenden europäischen Innovationsraum ausgebaut werden. Der weltweit beste Superrechner soll in Bayern stehen und mit den führenden europäischen Forschungszentren eng vernetzt werden.
- 9. Wir stehen für ein Europa, das mehr Verantwortung in der Welt übernimmt:** Nicht erst seit den jüngsten US-Präsidentschaftswahlen dürfen und können sich die EU-Mitgliedstaaten nicht weiter hinter den Großmächten verstecken. Europa muss außen- und verteidigungspolitisch endlich erwachsen werden. Nur wenn die Europäischen Institutionen und die Regierungen innerhalb der EU an einem Strang ziehen, können Bedrohungen gestoppt und ihnen effektiv entgegen gewirkt werden. In Zukunft muss Europa selbstbewusster auftreten, neue sicherheitspolitische Fähigkeiten entwickeln und mehr Verantwortung übernehmen. Hierzu muss Europa seine Rüstungsbeschaffungen bündeln und ein gemeinsames Hauptquartier in enger Kooperation mit der NATO etablieren. Die transatlantische Partnerschaft ist für uns wichtigster Eckpfeiler der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Zugleich sind der Dialog und ein engagiertes Eintreten für eine Konfliktlösung an den Brandherden weltweit gemeinsam mit vielen Partnern unabdingbar. Der Gedanke einer europäischen Armee, wie ihn schon Franz Josef Strauß entworfen hat, steht für unser Ziel, gemein-

sam verteidigungsfähig zu sein. Dazu gehört für uns eine stärkere Koordinierung, Integration, Aufgabenteilung und Interoperabilität. Der Erhalt der europäischen wehrtechnischen Industrie, um Fähigkeiten wie beispielsweise die Drohnentechnologie zu entwickeln, ist eine zentrale Aufgabe.

10. Wir stehen für ein Europa, das der Jugend beste Zukunftschancen bietet: Wir sehen Europa als Anwalt der Jugend. Daher pochen wir auf eine strikte Durchsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, damit Mitgliedstaaten sich nicht überschulden. Für die Zukunftschancen kommender Generationen muss auch eine kluge Handelspolitik sicherstellen, dass für unsere Unternehmen im Ausland dieselben Standards gelten wie für ausländische Unternehmen in Europa. Das gilt besonders bei der Frage von Übernahmen und Joint Ventures. Darüber hinaus müssen wir darauf achten, dass unsere Standards geschützt und neue Geschäftsfelder ermöglicht werden. Nur so können die Kinderarbeit weltweit bekämpft und zukunftsfähige Jobs im eigenen Land geschaffen werden. Der vor allem in Südeuropa weitverbreiteten Jugendarbeitslosigkeit kann effektiv nur durch ehrgeizige Strukturreformen der Nationalstaaten begegnet werden. Nicht zuletzt deshalb wollen wir CETA abschließen und umsetzen und weitere Handelsverträge erfolgreich zum Abschluss bringen, wenn dabei garantiert ist, dass unsere Standards etabliert und die bayerischen Interessen gewahrt bleiben. Wir stehen für einen fairen, keinen ungezügelter Handel. Ein sich mehr und mehr einschleichender Protektionismus darf nicht weiter um sich greifen. Gleichzeitig wollen wir, dass die Jugend Europa auch erlebt. Deshalb wollen wir den europäischen Austausch von Schülern, Auszubildenden, Studenten und jungen Berufstätigen intensivieren und begrüßen die Initiative eines Interrailtickets zum 18. Geburtstag. Für uns ist Europa mehr als eine reine Nützlichkeitsabwägung, sondern gelebte Freundschaft mit unseren Nachbarn.

Europa hat keine Zeit für faule Kompromisse, sondern bedarf klarer Entscheidungen. Nur mit einer starken CSU wird eine Schuldenunion abgewendet, werden klare Regeln durchgesetzt und wird Europa besser liefern. Wir brauchen 2017 eine klare Richtungsentscheidung hin zu einem bürgerlichen Europa.